



Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erschienen
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 2.35
monatlich 45 Pf.
Bei allen wirtsch. Postanschlüssen
und Boiken im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr vierteljährlich M. 1.35,
ausserhalb desselben M. 1.35,
hievon Bestellgeld 34 Pf.
Telefon Nr. 45.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt
der 16. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle etc.

während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserta nur 8 Pfg.
Kaschirte 10 Pfg., die Klein-
spaltige 6 Monatszelle.
zusammen 15 Pfg. die
Peitzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Raßat.
P'onnements
nach Vereinbarung.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 114.

Wittwoch, den 17. Mai 1911

28. Jahrg.

Deutsches Reich.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Mai.

Am Bundesratspräsident Staatssekretär Dr. Delbrück. Vizeprä-
sident Schulp eröffnet die Sitzung um 12.20 Uhr. Die zweite
Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird beim 5. Abschnitt (Ruffisch) fortgesetzt. § 408 sagt,
daß die Aufsicht über die Krankenkassen dem Versicherungsamt
zusteht. Bei Beschwerden über rechtlich nicht begründete An-
ordnungen hat das Oberversicherungsamt die Entscheidung. Bei
Betriebsstrafverfahren für Reichs- oder Staatsbetriebe kann die
oberste Verwaltungsbehörde die Aufgaben des Versicherungsamts
anderen Behörden übertragen. § 408 wird unter Ablehnung
eines sozialdemokratischen Antrags, der daß Verwaltungsamt
Verfahren für Beschwerden, festsetzen will, in der Kommission-
fassung angenommen. Ebenso werden in der Kommissionsfassung
angenommen die §§ 409 bis 410. Abg. Seegering (Soz.)
beantragt im Interesse der Zentralisation der Krankenkassen-
verwaltung einen § 410a. Der sozialdemokratische Antrag wird
abgelehnt.

Es folgt der 6. Abschnitt (Ausbringung der Mittel).
Die §§ 411 bis 422 betreffen Beiträge. Bei § 411, der be-
sagt, daß die Beiträge bei Erreichung der Kosten nur dann
höher als $\frac{4}{10}$ Proz. des Grundlohnes festgesetzt werden dürfen,
wenn es zur Deckung der Regelleistungen erforderlich ist, bean-
tragt Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) statt $\frac{4}{10}$ Proz. 6 Proz.
festzusetzen. Abg. Schilder (Konf.): Mir entsprechen den
Mäandern durch einen von uns zu § 420 eingebrachten Kom-
promißantrag, wonach im Falle unzulänglicher Mittel zur Befrei-
ung der Regelleistungen der Gemeindevorstand die erforderlichen
Beziehungen zu tragen und sobald der Gemeindevorstand einem
Vertreter das Amt des Landesvorsitzenden zu übertragen hat.
Der konservative Antrag wird angenommen, der sozialdemo-
kratische abgelehnt und sodann der ganze 6. Abschnitt angenommen.

Ebenso wird der siebte Abschnitt (Kassenverbands-
strukturen) unterändert nach den Beschlüssen der Kom-
mission angenommen. Der 8. Abschnitt behandelt besondere Ver-
fahrensweise. Die Paragraphen 444—462 umfassen die allge-
meinen Vorschriften und die Bestimmungen für die Landwirtschaft.
§ 447 handelt von der Befreiung von der Versicherungsspflicht
auf Antrag des Arbeitgebers. Die Sozialdemokraten bean-
tragen Streichung dieses Paragraphen sowie des Paragraphen
447a (weitere Vorschriften für die Befreiung). Kraßadt
(Konf.): Nach Streichung dieser Vorschriften würden die ver-
heirateten Arbeiter lediglich geschädigt. Vizepräsident Schulp
teilt mit, daß über den § 447 namentlich abgestimmt werden
soll. Abg. Busold (Soz.) befürwortet einen Antrag auf Streichung.
Abg. Hegler (Fortchr. Sp.): Durch die §§ 447 und
447a werden die armen Landarbeiter um ihre paar Großen
Krankengeld gebracht. Darin liegt eine große Ungerechtigkeit.
Abg. Krauner (natl.) bittet, es bei den Kommissionsbeschlüs-
sen zu belassen. Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) tritt nochmals
für die Streichung der Paragraphen ein. Nachdem sich u. a.
noch die Abgeordneten Dr. Mugdan und Roifenbühl für

die Streichung der Paragraphen ausgesprochen haben, schließt
die Debatte.

Die namentliche Abstimmung über diese Bestimmungen erfolgt
später. Auch die Abstimmung über § 450, der auf § 447
zurückgreift, sowie über einen dazu vorliegenden sozialdemo-
kratischen Antrag wird zurückgestellt. § 452 sieht die Möglichkeit
der Herabsetzung des ländlichen Krankengeldes
für die Winterarbeit vor. Abg. Kraßadt (Konf.) be-
gründet die Herabsetzung. Abg. Rubeil (Soz.) befürwortet
einen Antrag auf Streichung und führt aus, die Bestimmungen
läufen den Anschein zu, als ob bei den Konventionen und bei
der Regierung die Scham zu den Händen gelassen sei. Ebenso
wird der Rest des Abschnitts bis § 462, sowie die §§ 463
bis 468 betreffend Dienstboten in der Kommissionsfassung an-
genommen. Desgleichen nach unerheblicher Debatte die §§ 469
bis 486 (unständige Beschäftigung). Die §§ 487 bis 493 be-
treffen Wandergewerbe. Nach längerer Debatte werden die §§
490 bis 525 (Wandergewerbe) angenommen mit Ausnahme des
§ 515a, der zurückgestellt wird. Sodann erfolgt die am An-
fang der Sitzung ausgelesene namentliche Abstimmung über die
§§ 447 und 447a. Diese werden mit 181 gegen 86 Stimmen
(Sozialpartei, Sozialdemokratie und einige Nationalliberale,
darunter Dr. Thomä) bei einer Stimmenthaltung in der Kom-
missionsfassung angenommen. Die Paragraphen bis einschließ-
lich 520 werden angenommen.

Sodann verhandelt das Haus über den zurückgestellten §
515a. Ein Antrag (Lidhoff (fortchr. Sp.), den letzten Satz
dahin zu ergänzen, daß an Stelle des Bezirks des Versicherungs-
amtes auch die von der obersten Verwaltungsbehörde nach
örtlichem Bedürfnis bestimmten größeren Bezirke als Betriebs-
stelle anzusehen seien, wird einstimmig angenommen und damit
auch § 515a. § 520a, der verlangt, daß ohne Entgelt beschäftig-
ten Lehrlingen Krankengeld nicht gewährt wird, wird ohne De-
batte angenommen und sodann die Weiterberatung auf Dienst-
tag 11 Uhr vertagt. Schluß 12.47 Uhr.

Mannheim, 13. Mai. Ein bemerkenswertes Ergeb-
nis hatte eine Umfrage, die, wie dem „Mannheimer
Generalanzeiger“ geschrieben wird, der Verband der
Zigarrenfabrikanten Unterbadens, der Pfalz und
der angrenzenden Bezirke unter seinen Mitgliedern über
den gegenwärtigen Geschäftsgang veranstaltete. Von 90
Firmen, die 21.300 Arbeiter beschäftigen, liegen An-
worten vor. 47 Firmen mit 10.200 Arbeitern sahen sich
zu Produktions-Einschränkungen genötigt. Diese erfolgten
hauptsächlich durch Verkürzung der Arbeitszeit. Immer-
hin mußten aber 25 Firmen auch zu Arbeiterentlassungen
schreiten. Auch diejenigen 43 Firmen, die bis jetzt ihre
Produktion noch nicht eingeschränkt haben, klagen zum
größten Teil darüber, daß trotz vermehrter Reisetätigkeit
ihre Lager überfüllt seien und ein Teil davon erklärt,
demnach die Produktion einschränken zu müssen. Als
Grund wird allgemein der Konsumrückgang ange-
geben.

Ausland.

Kaiser Wilhelm

ist mit Frau und Tochter vorgestern in London ange-
kommen. Am Nachmittag waren familiäre Besuche, am
Abend Familiendiners im Buckinghampalast. Am Dienst-
tag fand die Enthüllung des im St. Jamespark auf-
gestellten Denkmals der Königin Viktoria, der
Großmutter des Kaisers, statt.

Vidj Jassu Kaiser von Äthiopien.

Aus der abessinischen Hauptstadt kommt eine Nach-
richt, welche uns benachrichtigt, daß die Thronfolge nach dem
früher erfolgten Tode des Regenten Ras Tsejama durch
die Proklamierung des vom Kaiser Menelik zum Nach-
folger eingeweihten fünfzehnjährigen Prinzen Vidj Jassu
zum Kaiser endgültig geregelt wurde. Telegraphisch wird
gemeldet: Vidj Jassu ist in Addis Abeba feierlich zum
König ausgerufen worden. Die Krönung findet spä-
ter statt. Im Lande herrscht Ruhe. — Mit dieser
Wandlung der Dinge ist wohl der Streit um die Nachfolge
des noch immer schwerkranken Kaisers Menelik endgültig
beigelegt. Niemand, auch nicht Ras Olie, der Bruder
der kaisergehaltenen Kaiserin Taitu, hat den Versuch gemacht,
die Wägen zugunsten Ras Gungas, des einzigen Kandida-
ten der Kaiserin zu erheben.

Der neue „König der Könige“ ist der Sohn eines der
angesehensten Fürsten des Landes, des Ras Mikael
und einer Tochter Meneliks aus erster Ehe. Er ist im
Jahre 1896 geboren. Er feiert eben den zweiten Jahrestag
seiner Vermählung mit der jetzt neunjährigen Kaiserin
Romana Work, die eine Enkelin des berühmten Ras
Johannes ist. Kaiser Menelik muß sich, wenn er wirklich
noch lebt und den Dingen folgen kann, der Geschehnisse
aufs innigste freuen.

Die Köln. Zig. meldet aus Addis Abeba unter dem
15. Mai: Der Bruder der Kaiserin, Ras Olie ist
wegen Hochverrats zum Tode verurteilt worden.

Budapest, 15. Mai. Der Abgeordnete Achim ist
das Opfer eines Attentats geworden. Er wurde von den
Söhnen eines politischen Gegners erschossen. Die unmit-
telbare Veranlassung des Attentats bildete eine Zeitungs-
polemik. Der Vater der Täter, ehemaliger Schuldirektor
und Grundbesitzer Dr. Andreas Szilinaszki hatte sich

Die Geschichte des Menschen ist sein Charakter.

Goethe.

Theater.

Roman von Ernst George.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Kenne!“ Robert rief es und wich zurück, sie wie be-
nommen anstarrend. Dann fiel sein Blick auf seinen
neuen, noch funkelnden Ring. „Ja bin gebunden!“ sagte
er schroff.

„Du warst es auch an mich,“ sagte sie, „ich habe
ältere Rechte als jene. Wer ist sie? Wie kann sie dich
zu nehmen wagen, da du im Grunde doch nur mich liebst,
lieben kannst!“

„Laf sie aus dem Spiel, die so gut und klug, wie
sie rein und achtungswürdig ist,“ sagte Hellmers plötzlich
energisch, „sie weiß alles und ist mit dem zufrieden,
was ich ihr noch bieten kann. Meine Braut wird auch von
deinem heutigen Coup erfahren. An ihrer Seite hoffe
ich von der Krankheit zu genesen, die mich an dich noch
immer band! Laf mich in mein bürgerliches Dasein zu-
rückkehren, Kenne, und bleibe du bei deinen Vorbeeren.
— Suche auch du von mir loszukommen, denn es ist nur
Eigensinn, der dich noch an mich festelt.“

Sie lachte wie irrt. „Nur Eigensinn, nur Eigen-
sinn!“

„Du wirst es selbst einsehen. Paf auf, Kind, wenn
ich verheiratet bin und die erträgt, dann wirst du auch
frei. Es ist besser für uns beide! Glaube mir! Und
heute — das mag unsere letzte Aussprache gewesen
sein, nicht wahr?“ Robert streckte ihr die Hand entgegen.

Kenne legte die ihre nicht hinein. „Du handelst wie
ein Schuft an mir, das nimm mit auf den Weg!“ sagte
sie rauh.

„Ich fühle mich ganz unschuldig!“ widersprach er
gereizt.

„Das ist Männerlogik. Und wie die Welt einmal
ist,“ fuhr sie fort, „so wirst auch du der Sieger sein,
und in einer befriedigten, glücklichen Ehe keinen Ausgleich

erleiden! — Wir Frauen sind ja immer die Hereingefal-
lenen, so lange die Welt steht, und das wird so bleiben!
— Aber,“ plötzlich glitt sie vor den Spiegel und schaute
auf ihr Bild, „noch bin ich im Vollbesitz meiner Schön-
heit und meiner Kräfte. Noch stehe ich auf dem richtigen
Platz. Ich werde meine Schwingen regen lernen und an
auch Rache nehmen für tausend zerrissene Wälderweiber!“
„Kenne, mach keine Dumheiten!“ rief er und packte
ihren Arm. „Du bist wahnsinnig! Denk an deine Fa-
milie, an deine Ehre und Würde!“

„Es ist lieb, Herr Hellmers, daß grade Sie mich
an diese erinnern! Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen.
Und nun leben Sie glücklich, werden Sie glücklich, und er-
ziehen Sie viele gesunde kleine Hellmers! Meinen Bruch
an die Braut!“

„Kenne!“ sagte er beschwörend, erschrocken.
„Herr Hellmers! Ich glaube, meine Freundin wird
ihren Salon gebrauchen. Es ist Zeit, wir räumen ihn!
Saben Sie Dank für Ihren Besuch!“ Wie eine Königin
stand sie plötzlich vor ihm und senkte zur Entlassung
das Haupt.

Robert blinnte sie kopfschüttelnd an. Dann blickte er
auf die Lippe, verneigte sich und verließ das Zimmer.
Sie sah ihm trampeln nach und murmelte nur: „Nun
ist alles zu Ende, alles — aus!“

11. Kapitel.

Im Theater herrschte große Erregung. Auf der
Bühne, in den Gängen vor den Garderoben, im Konver-
sationszimmer hatten sich Gruppen gebildet. Eifrig wurde
geschwätzt und gestritten und Partei ergrißen. Mehr als
die Hälfte, besonders die männlichen Kollegen, stellten
sich auf die Seite Anna Gettners. Die übrigen, meistens
Damen, waren für ihre Gegnerin: Elsa Hopfen.

„Das habe ich noch nicht erlebt!“

„Und mitten in der Probe, so daß sie abgebrochen
werden mußte!“

Wie zwei Marktweiber standen sie sich gegenüber.
„Bhui Tausel, ich verstehe die fonsk so zurückhaltende
Gettner nicht!“

Brandt, Annas alter Freund und Protektor, der in

dem neuen Stück die Regie zu führen hatte, kam hastig
über die Bühne. Ueber ein Versäufel stolpernd, hielt
er sich nur mit Mühe auf den Füßen und rief daher
schon von einiger Entfernung eifrig: „Meine liebe Frau
von Bollbach, ich appelliere an Ihren Gerechtigkeitssinn!
Wenn eine Dame wie Fräulein Gettner derart unver-
merkt attackiert und in ihrem Privatleben angegriffen wird,
so gab es nur die eine Antwort oder eine Verteidigungs-
klage. Aber ich verstehe Fräulein Gettner, eine Chre-
steige coram publico war die einzige Lösung.“

„Die Gettner ist eine Intrigantin! Unter ihrer vor-
nehmen Maske denkt sie uns zu imponieren!“ rief eine
Schauspielerin. „Sie kann eben keine Götter neben sich
vertragen und ist neidisch, daß der Doktor die Hopfen
für die viel wirksamere Rolle bestimmt hat.“

Wieder nahm Brandt das Wort: „Den Irrtum möchte
ich sofort korrigieren. Erstens hat der Herr Doktor den
Direktor und mir die Besetzung völlig überlassen. Zwei-
tens hat er, wie er uns selbst mitteilte, die Rolle der
Anna unserem Fräulein Gettner direkt auf den Leib ge-
schrieben. Sie kamte das Stück, als es entstand. Alt
für Akt wurde ihr zugewandt, und schon vom ersten ab
hat sie sich in diese Rolle eingelebt, demnach an keine
andere je gedacht!“

„Aha! Die Intimität zwischen Autor und Dar-
stellerin ist sonderbar!“

„Der Doktor und Fräulein Gettner sind Freunde!“
„Lieber Herr Brandt, wir vom Bau wissen, was
wir von diesen Freundschaften zu halten haben!“ er-
gegnete die alte Bollbach. „Ihre Robremörsche ist ja
sehr edel und löblich; jedoch nach den Erfahrungen des
Winters und des letzten Sommers in Scheveningen —“

„Gnädige Frau“, fiel ihr der Oberrequisite jetzt
streng ins Wort, „die Kollegialität müßte unser Bühnen-
völkchen endlich gelehrt haben, daß wir uns im das Pri-
vatleben unserer Kollegen absolut nicht zu kümmern
haben! Ich denke, wir lesen jeder nur in unserem eignen,
genügend besetzten Konto.“ Damit hatte er seinen Witz-
weil abgeschossen und merkte, daß er sich Befriedigt
drehte er sich kurz um und stetzte davon.

(Fortsetzung folgt.)

in einer Unterredung sehr ungünstig über Kchim gelästert, worauf dieser Szilinaszki in einem Lokalblatt heftig angriff. Die beiden Söhne des Szilinaszki, der 24jährige Advokaturkandidat Andreas und der 23jährige Kandidat der Chemie Gabriel begaben sich in Kchims Wohnung u. forderten ihn auf, die Angriffe gegen ihren Vater zurückzunehmen. Kchim jedoch fuhr sie rauh an und würgte Andreas, worauf Gabriel zwei Schüsse gegen Kchim abfeuerte. Auf dem Totenbette sagte Kchim aus, er sei von den Brüdern mit einem Stoch angefallen worden und habe sich gewehrt, worauf die Schüsse fielen. Kchim war 40 Jahre alt und erstente sich bei der häuslichen Beobachtung großer Beliebtheit.

London, 15. Mai. Bei der dritten Lesung der Betobill im Unterhaus erklärte Premierminister Asquith, wenn je eine Gesetzesvorlage die Ermächtigung und die Zustimmung der Wähler des Verein. Königreichs erhalten hätte, so sei dies die Betobill. Es sei somit die Pflicht des Parlaments, sie zum Gesetz zu erheben. — Die Betobill wurde in dritter Lesung mit 362 gegen 241 Stimmen angenommen.

Saloniki, 15. Mai. Eine auf 400 Mann gezielte Abtötung Aufständischer versuchte auf den Höhen von Schale türkische Militäraustruppen anzugreifen, wurde jedoch unter starken Verlusten durch Artilleriefire vertrieben. Die Türken verloren fünfzehn Mann. Ein Offizier wurde tödlich verwundet.

Saloniki, 15. Mai. Aus Villa Altarini kommt die Nachricht, daß der Zustand des ehemaligen Sultans eine Verschlimmerung erfahren hat. Es scheint eine Nervenfähigkeit eingetreten zu sein. Der Sultan soll Versuche haben, sich aus dem Fenster zu stürzen. Man vermutet, daß die Mitteilung von der bevorstehenden Ankunft seines Bruders ihn in die größte Erregung versetzt habe. Der Arzt legt die Hoffnung, daß der Zustand Abdul Samids vorübergehender Natur sei, obgleich Anzeichen von Delirium vorliegen sollen.

Württemberg.

Deutschnachrichten.

Der König hat den Oberbaurat Dr. Klotz bei der Generalkommission der Staatsbahnen seinen Rat einholen lassen in den Angelegenheiten der in Stuttgart abgehaltenen Gewerbebesprechungsprüfung und nachhergehenden Nacharbeiten und technischen Vorarbeiten die den vom Gewerbeoberbaurat veranfaßten Vorbereitungsarbeiten betreffen, zur Berichtigung von Gewerbebesprechungsarbeiten für beschäftigt erklärt worden: Braumüller, Adolf von Stuttgart-Gammstadt, Gerhardt, Adolf von Stuttgart, Wagner, Adolf von Stuttgart, A. P. Hiller, Eugen von Stuttgart, Fleischmann, Otto von Heilbrunn, Sachsen-Reinigen, Freudenhuber, Martin von Schwabmünster, Dr. Bradenheim, Goss, Hermann von Stuttgart, W. S. Hasenbacher, Andreas von Blöchingen, Dr. Gillingen, Grieshaber, Max von Blöchingen, Dr. Gillingen, Gerdtle, Richard von Stuttgart, Hüller, Maximilian von Karlsruhe, Böhm, Josef, Lorenz von Gmünd, Keiser, Walter von Werbach, A. K. Klinger, Otto von Vaterabron, Dr. Freudenstadt, Dertle, Eduard von Gmündingen, Pauschingen, Adolf von Gmünd, Hofort, Friedrich von Frankfurt a. M., Scheel, Hans von Stuttgart, Speich, Max von Stuttgart, Wedemann, Friedrich von Gmündingen, Gde. Vampertshausen Dr. Viberach.

Nach der Wahl.

Der „Staatsanzeiger“ und die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.

Unter dieser Überschrift schreibt das „Schwäbische Korrespondenzbüro“:

Die Presse des Oberbürgermeisters Lautenschlager gibt ihren Gefühlen einen lebhaften zum Teil unwürdigen Ausdruck. Heute wollen wir bei dem „Staatsanzeiger“ verweilen. Dieses Blatt der A. W. Regierung teilt Noten an die Parteien aus, spricht von „guten“ Wahlergebnissen, von „Quertreibern“ der Volkspartei und zieht den König und die Silberhochzeit in den Wahlkreis. Das ist ungehörig und taktlos. Wenn der König von seinem Kabinettschef auf die Tatlosigkeit des Regierungsorgans aufmerksam gemacht würde, so würde er seinem Minister bemerken, daß er sich dagegen verwahre, im Monat nach dem Familienjubiläum als Parteikönig angeschrieben zu werden, wie es geschieht, wenn man den „patriotischen Jug“ der Wählererschaft rühmt, der bei der Abstimmung für Lautenschlager auch „an den Träger der Krone dachte“, was „zum Erfreulichen gehört“ habe.

Das ist schlechthin unrichtig. Denn es ist derselbe „Staatsanzeiger“ gewesen, der vor 4 Wochen an seiner Spitze den Dank des Königs an die ganze Bevölkerung ohne Unterschied der Parteien wegen der allseitigen Anteilnahme an seinem Familienfest verkündet hat. Nachträglich die Abstimmung für Dr. Lautenschlager als Kriterium aufzustellen und den 15.000 Wählern, die Herrn Lautenschlager nicht gewählt haben, „patriotischen Jug“ abzusprechen, das ist mehr als bloßer Fehler, das ist eine verabschiedete Unflucht; denn es würde, wenn diese „patriotische Abstempelung“ richtig wäre, die Konstatierung der Tatsache bedeuten, daß die absolute Mehrheit der Abstimmenden in der Haupt- und Residenzstadt nicht patriotisch sei und an den Träger der Krone nicht denke. Dann dürfte man doch nicht wie der „Staatsanzeiger“ ausrufen, daß dies „ein Ruhm“ von Stuttgart sei.

Unaufrichtig endlich ist die Lancierung des Vorwurfs der „Quertreibern“ von dem Blatt der Regierung, das ganz genau wissen kann und wissen muß, daß die Volkspartei die lebhaftesten und uneigennützigsten Anstrengungen gemacht hat, denjenigen Referenten des Verlehrswezens zum Oberbürgermeister zu erhalten, den sie mit dem A. Würt. Ministerpräsidenten für selbständiger und befähigter angesehen hat als den Kandidaten des Herrn Apotheker Reichen, welcher Kandidat persönlich nicht „zugkräftig“ war, sondern nur am letzten Tag das Sammelbecken der A. W. Regierung einer sozialdemokratischen Rathhausleitung geworden ist. Der Lobzettel, den der „Staatsanzeiger“ erstmals bei einer Ortsvorwählerwahl ausgesprochen hat, bedeutet den Anfang der ministeriellen Einmischung in den Kampf der Parteien und eine ministerielle Begünstigung des bürgermeisterlichen Regierungsrats.

Eine andere Rechnung.

Die rechtsstehende Presse hat die Wahl Lautenschlagers zum Stuttgarter Stadtvorstand zu höhnischen Ausfällen

gegen die Stuttgarter Volkspartei benützt. Damit hat sie jedenfalls dem neuen Stadtvorstand seinen besonderen Dienst geleistet. Wer sich nämlich das Stärkeverhältnis der politischen Parteien auf dem Rathaus ansieht, wird finden, daß Herr Lautenschlager mit den rechtsstehenden Parteien nicht wird „Regieren“ können. Nationalliberale, Zentrum und Konservative verfügen in beiden Kollegien über 21 Mitglieder, Sozialdemokratie und Volkspartei aber 32. Die Entscheidung liegt in den Händen der 10 Mitglieder der Volkspartei, ohne die Herr Lautenschlager und seine Freunde nichts werden ausrichten können. Natürlich werden sich die vollparteilichen Rathausmitglieder zunächst beobachtend verhalten. Sollte es sich aber zeigen, was in der Tat auch zu befürchten steht, daß mit dem neuen Oberbürgermeister auch ein neuer Geist auf das Stuttgarter Rathaus kommt, dann wird die heute verpörrtete Volkspartei noch oftmals Herrn Lautenschlager als Bittsteller vor sich sehen.

Amtliches Wahlergebnis.

Die endgültige Feststellung des Wahlergebnisses ergab für Neg. Rat Lautenschlager die gegenüber dem vorläufigen Ergebnis gleichgebliebene Stimmenzahl von 13154, für Red 3366 (plus 1) und für Dr. Lindenmann 12278 (plus 42) Stimmen. Das Wahlergebnis bei Lindenmann rührt daher, daß mehrere Wähler zur Abstimmung den sozialdemokratischen Wahlauftrag, der im Format dem Stimmentzettel nahekommt, benutzten, was von den Distriktsbehörden teilweise beanstandet, durch Beschluß des Wahlvorstandes aber für gültig erklärt wurde.

Die Sozialdemokratie hält ihre Kandidatur in Leonberg aufrecht.

Nach Mitteilungen der „Schwäbischen Tagwacht“ haben am Sonntag der Kreisvorstand und der Kreisauschuß der sozialdemokratischen Partei in Tübingen eine Versammlung abgehalten, der auch noch zahlreiche Delegierte aus den verschiedenen Gemeinden beizuwohnen. Die Konferenz erklärte sich einmütig für die Aufrechterhaltung der sozialdemokratischen Kandidatur. Das seitherige Wahlkomitee wurde durch den Kreisauschuß verfort. Die Schwäbische Tagwacht bemerkt zu sich aus dazu: „Der Volkspartei ist durch diese Entscheidung nun auch in Württemberg einmal Gelegenheit gegeben, ihren Ernst in der Bekämpfung des schwarz-blauen Blocks durch eine Tat zu bekunden. Ihre Parole muß nun so entschieden sein, je mehr sie von der Befürchtung erfüllt ist, es könnte ein nicht unerheblicher Bruchteil der im ersten Gang auf sie entfallenen Wähler zu den unsicheren Kandidaten zählen. Wenn der Volkspartei bei der Wahlkonstellation die Stelle des Sozialdemokraten einnehmen würde, so hätten unsere Genossen — darüber besteht kaum der leiseste Zweifel — gemäß der allgemeinen politischen Situation ebenso einmütig unsere Kandidatur zurückgezogen, wie sie sie jetzt aufrechterhalten müssen.“

Der zweite deutsche Vogelschutztag.

In der zweiten öffentlichen Versammlung sprach Dr. Günther-Freiburg i. B. über Beobachtungen an Ceylon, worauf der bekannte Ornithologe Professor Dr. Schillings über Vogelausrottung und Damenhüte referierte. Schillings sprach sehr interessant und mit verständnisvoll aufgenommenen Neben auf die moderne Damenhutmode. Es handelte sich hier um sehr ernste Dinge, siehe man doch bei dem Vogelmoed vor einer ganzen Anzahl Frauen und Tragödien. Eine ganze Reihe prächtiger Vögel fanden vor dem Aussterben. Venezuela habe im Jahre 1909: 1742 Kilo weißer Neherfedern ausgeführt, wenige Jahre zuvor betrug die Ausfuhr noch 2000 Kilo, sie ist also schon erheblich zurückgegangen. Die Federn werden den Neihern während der Brutzeit geraubt, wo sie leichter zu fangen sind. Die Neiherr selbst werden getötet, so daß ihre Jungen völlig zu Grunde gehen. Die Behauptungen, daß die Neiherrfedern gefunden und ausgelesen würden, sei also durchaus unrichtig. Er wisse nicht recht wie gegen diesen Raubmoed vorzugehen sei. Sicher sei, daß verschiedene Vogelarten ausgestorben sein werden bis endlich durch Gesetz vorgegangen werde. Die Damen möchte er bitten, bei ihrem Zusammenkommen nicht das Wetter sondern die Neiherrfrage zu erörtern. Es sei überhaupt nicht richtig, wenn man für die Erhaltung der einheimischen Vogelwelt eintrete und die ausländischen ausschliesse. Mit dem Prinzip „nützlich und schädlich“ müsse gebrochen werden, alles in der Natur habe seinen Zweck und Ausgleich. Redner schloß mit dem dringenden Appell: „Betrachten Sie bitte, die Damen und sehen Sie daraus, was in der Welt vorgeht.“ In der Diskussion schlug Freiherr von Gebjattel vor: 1) Eine deutsche Kommission zu wählen, die eine Vorlage für die deutsche Regierung ausarbeiten solle, um dieser zu ermöglichen, internationale Verhandlungen einzuleiten. 2) Bearbeitung der Presse und Ausgabe eines Flugblattes. 3) Der Kaiserin die Protektion in dieser Frage anzutragen. Obwohl Professor Schillings bezweifelte, daß auf diesem Wege sehr viel erreicht werde, wurde schließlich beschlossen, den Vorispenden Dr. Günther und Professor Schillings zu beauftragen, die Bildung der Kommission in die Hand zu nehmen. Ferner wurde eine Resolution beschlossen, die dem schweizerischen Bundesrat dafür dankt, daß er eine internationale Kommission für Vogelschutz einberufen habe. Bei der Beratung der Statuten wurde beschlossen, daß der Vogelschutztag eine freie Vereinigung bleiben soll.

Major Henrii erstattete den Bericht der vom 1. Vogelschutztag erwählten Kommission zur Beratung der Kägenfrage. Die Kommission beantragte folgende Novelle zum Reichsvogelschutzgesetz: „Dem Gesetz, den Vogelschutz für das deutsche Reich betreffend, vom 30. Mai 1908 sind hinter § 5 folgende Bestimmungen anzufügen: § 5a: Es ist verboten, Kägen in der Zeit vom 1. März bis 1. Oktober auf fremdem Grund und Boden frei herumlaufen zu lassen. § 5b: Kägen, die in der Zeit vom 1. März bis 1. Oktober auf fremdem Grund und Boden betroffen werden, können von den Grundeigentümern oder Nutzungsberechtigten und deren Beauftragten gefangen und sofern sie nicht als Hauskägen gekennzeichnet sind, so-

fort getötet werden. Die Tötungsbeschlüsse, die dem Jagdberechtigten oder dessen Beauftragten nach Maßgabe der landesgesetzlichen Bestimmungen zusteht, bleibt unberührt. § 5c: Gefangene Hauskägen kann der Eigentümer binnen 3 Tagen gegen Erliegung eines Fanggeldes und der Futterkosten einlösen. Nach Ablauf dieser Zeit kann die gefangene Hauskäge getötet werden. Die Ausführungsbestimmungen hiezu werden von den Bundesstaaten im Verordnungswege getroffen. Hierzu ist insbesondere darüber Bestimmung zu treffen, in welcher Weise Hauskägen zu kennzeichnen und gefangene Hauskägen zu behandeln sind. Auch kann den Gemeinden die Befugnis zugesprochen werden für die Kennzeichnung der Hauskägen eine Abgabe zu erheben.“ Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Sodann wurde auch der Vorstand damit beauftragt, gegen die Verwendung von Petroleum etc. gegen die Schnadenplage Schritte zu tun. Die nächste Tagung in 2 Jahren soll in Tarnstadt oder Hamburg stattfinden.

Eine zweckmäßige Neuerung.

Bei den Württ. Staatsbahnen tritt am 1. Juni 1911 folgende Einrichtung für die Aufbewahrung der von Geschäftshäusern und Gasthöfen für Reisende abgelieferten Gegenstände in Kraft. 1. Nach Anordnung der Betriebsinspektionen können auf größeren Stationen Gepäckstücke durch Geschäftshäuser und Gasthöfe zur Abgabe an die Reisenden hinterlegt werden und zwar kleinere Gepäckstücke bei der Gepäckaufbewahrungsstelle, umfangreichere Stücke, die als Reisegepäck aufgegeben werden sollen, bei der Gepäckaufbewahrungsstelle, umfangreichere Stücke, die von dieser Einrichtung Gebrauch machen wollen, haben hierauf Antrag bei der Bahnstation zu stellen. 2. Für das Verfahren wird eine Druckfache in Block mit 100 Blättern zum Preis von 75 Pfg. von den Stationen abgegeben. Die Druckfache besteht aus: Ausweis, Empfangsschein und vier Nummern. 3. Die Nummern haben den Ausweis nach dem Vordruck auszufüllen, die Gegenstände mit den zugehörigen Nummerzetteln zu versehen, auch zur Vermeidung von Verwechslungen Ausweis und Nummerzettel mit ihrem Firmensiegel zu versehen. Den Ausweis erhält der Reisende bei der Abgabe der Gegenstände auf der Station abholen will. Auf dem Empfangsschein wird die Einklassierung durch die Station bescheinigt. 4. Die Gegenstände werden dem Reisenden gegen Abgabe des Ausweises und Zahlung der Aufbewahrungsgebühr für Handgepäck ausgefolgt. 5. Weitere Bestimmungen über die Annahme der Gegenstände, die Gebührensrechnung und die Haftpflicht der Eisenbahn sind auf der Rückseite des Ausweises enthalten.

Die oberwäbische Heberlandzentrale.

In der Viberacher Amtsversammlung gab die in den Etat eingestellte Forderung von 2600 Mark als weiterer Teilbetrag zu den Projektierungskosten der elektrischen Heberlandzentrale des oberwäbischen Bezirksverbandes Anlaß zu einer sehr erregten Debatte. Abgeordneter Güntermann kritisierte die „Oberwäb. Anzeiger“ die Rentabilitäts-Berechnung in einbringlicher und eingehender Weise vom kaufmännischen Standpunkt aus und bemerkte u. a., daß wenn die Amtsversammlungen auf Grund dieser Berechnung ihren einstigen Beitritt beschließen würden, sie dies seinerzeit in Form von Zuschüssen zu dem Verbandsunternehmen schwer zu büßen hätten. Das Unternehmen werde sich niemals rentieren, was sein — übrigens fraglicher — Ueberschuf von etwa 21 000 Mark gegen einen Anlageaufwand von etwa 20 Millionen? Wenn die Projektierungskosten jetzt schon mehr als das Doppelte der in der Februarversammlung 1910 auf bestimmte versicherten Kosten von 60—70 000 Mark betragen, so könne man der „Rentabilitätsberechnung“, wie überhaupt der ganzen Anlage kein Vertrauen mehr entgegenbringen und es sei daher im eigenen Interesse der Amtsversammlung, wenn sie diesen Stein der Sorge wegwälze und keine Mittel mehr bewillige. Seine Ausführungen wurden namentlich vom Rechtsanwalt Schnopp, Gemeinderat Dietterle, Spieß, Koch in ergänzender Weise unterfützt und schließlich wurde vom Abgeordneten Schnopp ein Antrag auf Austritt der Amtsversammlung Viberach aus dem Bezirksverband und auf Ablehnung der Anteilnahme an den weiter entstehenden Kosten der Vorarbeiten eingebracht. Der Vorsitzende Regierungsrat Stiefenhofer wehrte sich mehrfach in entschiedener Weise gegen diesen Antrag, der einen Verzicht darstelle, um die Sache niederzustimmen, und ersuchte dringend um Ablehnung desselben, der im jetzigen Stadium der Sache zu dauern sei. Die Angelegenheit stehe nicht auf der Tagesordnung und es könne daher über den gestellten Antrag nur verhandelt werden, wenn Zweidrittel-Mehrheit für die sofortige Beratung desselben sei. In geheimer Abstimmung wurde sodann der gestellte Antrag des Abgeordneten Schnopp abgelehnt und damit die Statalkommission genehmigt. Soweit steht nach dem genannten Blatt fest, daß die Ausichten des Projekts keine besonders rosig sind.

Neutlingen, 15. Mai.

Der 310 Mitglieder zählende Schlossermeisterverband für Württemberg war zum 4. Verbandstag hier versammelt. Begrüßungsansprachen hielten außer dem Verbandsvorsitzenden Paul v. Köhler-Stuttgart und dem Obermeister der hiesigen freien Schlosserinnung, Heinrich Hef, Bauinspektor Klüber von der R. Zentralfstelle für Gewerbe und Handel, Oberbürgermeister Hepp namens des Gemeinderats und der Stadt Neutlingen, Viber-Mannheim als Vertreter des Verbands süddeutscher Schlossermeister, Gemeinderat Banj im Auftrag der Handwerkskammer und des Gewerbevereins Neutlingen. Nachdem dann der Geschäfts- und der Kasierenbericht von 1910/11 erstattet waren, besprach der Sekretär der hiesigen Handwerkskammer das neue Sportelgesetz unter besonderer Berücksichtigung der die Handwerker angehenden Positionen. Die Versammlung spricht in einer im Anschluß an das Referat gefaßten Resolution die Ansicht aus, daß dem neuen Sportelgesetz eine verkehrsfeindliche Tendenz innewohnt und Industrie und Handwerk auch bei solchen Geschäften

